

Statement

Niedersachsen darf nicht Schlusslicht sein:

Mehr Schnelltests und frühestmögliche Impfungen der Lehrkräfte

Statement des Vorsitzenden des Philologenverbandes, Horst Audritz, zu den gestrigen Bund-Länder-Beschlüssen für den Schulbereich und der Aufrechterhaltung der niedersächsischen Perspektivplanung:

„Wir begrüßen es ausdrücklich, dass der Bund sowie die Länder endlich die Impfpriorisierung der Lehrkräfte und Erzieher anerkannt hat. Wir begrüßen und unterstützen es weiter, dass der Niedersächsische Kultusminister die Maßnahme, zunächst Grundschul- und Förderlehrkräften sowie Erzieherinnen und Erziehern als erste Gruppe ein Impfangebot zu machen, nur als erste Maßnahmen bewertet. Denn alle Lehrkräfte gehören durch die Vielzahl der Kontakte im Präsenzunterricht zu einer besonders gefährdeten Gruppe und müssen zügig ein Impfangebot erhalten. Gefährdet sind alle Lehrkräfte im Präsenzunterricht, auch diejenigen, die in den weiterführenden Schulen und der Oberstufe unterrichten. Ohne geimpfte Lehrerinnen und Lehrer kann es kurzfristig keinen kontinuierlichen Präsenzunterricht geben.

Liegen, wie in Baden-Württemberg, genügend Impfdosen in Niedersachsen vor, sollte man das Angebot unverzüglich allen Lehr- und Betreuungskräften machen. Nach vorliegenden Erkenntnissen wird der Impfstoff AstraZeneca von so vielen impfberechtigten und impfwilligen Personen nicht angenommen, dass diese Impfdosen den impfwilligen Lehrkräften zur Verfügung gestellt werden können, ohne anderen etwas wegzunehmen. Hinzu kommt, dass der Impfstoff nur für die Altersgruppe 18 bis 64 zugelassen ist und nach Verfallsdatum vernichtet werden müsste.

Kurzfristig sind darüber hinaus sind die Schnelltests für Lehrkräfte auszuweiten, unbürokratisch und mindestens zweimal die Woche, damit bei Infektionen schnell reagiert werden kann. Dass das möglich ist, bestätigen Testteams an größeren Schulen, die nach Absprache mit den Schulleitungen vor Ort zur Verfügung stehen.

Wir fordern, dass nun endlich die versprochene „Bazooka“ ausgepackt wird. Denn immer noch erhalten wir Rückmeldungen aus den Schulen, dass Schulträger die gewährten Mittel nicht abrufen oder weiterleiten. Das ist ein Skandal, der nicht tragbar ist. Hier müssen der Kultusminister und der Ministerpräsident eingreifen, wenn es denn anders nicht geht.“

Hannover, 24.02.2021